

AKTUELLE THEMEN UND NACHRICHTEN AUS DEM  
**EUROPÄISCHEN PARLAMENT**

Petra Kammerevert, MdEP

# NEWSLETTER



**NEU!** Infobrief der Europaabgeordneten Petra Kammerevert | **AUSGABE:** Februar 2024

Europa neu denken.

**SPD**

# INHALT

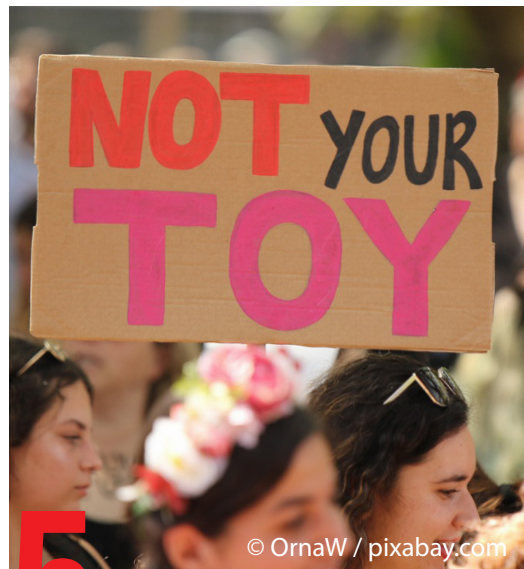
## FDP-GELBER WACKELPUDDING STATT GLAUBWÜRDIGER PARTNER



4

© makabera / pixabay.com

## DRUCK FÜR FRAUENRECHTE AUFRECHTERHALTEN



5

© OrnaW / pixabay.com

## AKTUELLE THEMEN UND NACHRICHTEN

5

### Finanzhilfen für Ukraine gesichert

EU-Einigung auf langfristige Budget-Planung

6

### Entscheidung gegen Verbraucherschutz und Landwirtschaft

Europaparlament stimmt für Deregulierung der Gentechnik

7

### Einigung zur Stärkung emissionsfreier Technologien

Förderung von nachhaltigen Branchen

8

### “Sicherheit auf Straßen in der gesamten EU erhöhen”

Fahrverbote bei Verkehrsverstößen im Ausland

8

### “EU-weite Überweisungen in Echtzeit”

Einigung auf gebührenfreie Transfers

9

### “Wahre Probleme in der Landwirtschaft jetzt anpacken”

Proteste in Europa



# VORWORT



Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,

Europa strebt bis 2050 Klimaneutralität an, daher hat die EU-Kommission in der letzten Woche eine Mitteilung zum EU-Klimaziel für 2040 vorgestellt. Das Ziel ist es, ein Gesetz für ein Netto-Klimaziel von minus 90 Prozent Treibhausgasen bis 2040 im Vergleich zu 1990 vorzulegen. Die konkrete Ausarbeitung dieses Vorschlags wird Aufgabe der neuen Kommission nach den Europawahlen sein. Somit hängt die Zukunft der europäischen Klimapolitik von den Ergebnissen der kommenden Europawahlen ab. Es bleibt also spannend, ob letztendlich ein verbindliches Klimaziel für 2040 vorgelegt wird.

Ein wichtiger Meilenstein der Plenarwoche war auch die politische Einigung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat über eine EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Diese Richtlinie sieht vor, verschiedene Formen von Gewalt gegen Frauen in der gesamten EU unter Strafe zu stellen. Allerdings bleibt ein bitterer Beigeschmack: Die einheitliche Verfolgung von Vergewaltigungen in ganz Europa wird vorerst nicht umgesetzt. Dies scheiterte unter anderem aufgrund der Blockadehaltung des FDP-Justizministers Buschmann, der rechtliche Bedenken anführte. Er argumentierte, dass der Vorschlag über die EU-

Kompetenzen hinausgeht und das Gesetz dadurch vor Europäischen Gerichten angreifbar wäre. Leider teilten auch andere Mitgliedsländer diese Ansicht.

Die Abstimmung im Rat über das EU-Lieferkettengesetz wurde vorerst verschoben, wodurch die Zukunft des Gesetzes ungewiss ist. Es ist offensichtlich, wer wieder das Zünglein an der Waage war: Bundesjustizminister Marco Buschmann und Bundesfinanzminister Christian Lindner haben ein deutsches Ja zum Gesetz blockiert. Die FDP hat durch ihre Blockade erreicht, dass die Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik als Verhandlungspartner ernsthaft in Frage gestellt wird.

Wir nähern uns mit großen Schritten der Europawahl an und daher werden die Erfolgsmeldungen von verschiedenen Trilog-Verhandlungen immer häufiger. Dennoch bleibt nicht mehr viel Zeit, um die ausstehenden Gesetzgebungsprozesse abzuschließen.

Ihre

*Petra Vonnemann*



© makabera / pixabay.com

## “FDP-GELBER WACKELPUDDING STATT GLAUBWÜRDIGER PARTNER”

**Liberaler blockieren deutsche Zustimmung zum europäischen Lieferkettengesetz**

Bundesfinanzminister Christian Lindner und Bundesjustizminister Marco Buschmann haben sich entschieden, weiter bei ihrem Nein zum europäischem Lieferkettengesetz zu bleiben, trotz eines Kompromissvorschlags von Arbeitsminister Hubertus Heil. Damit erzwingt die FDP in der kommenden Abstimmung im Rat der EU-Staaten eine Enthaltung Deutschlands, die wie eine Nein-Stimme gewertet wird und das Gesetz gegen Kinderarbeit und Klimawandel möglicherweise zum Scheitern bringt. Die Entscheidung sollte eigentlich am 9. Februar in Brüssel erfolgen, doch die Abstimmung wurde verschoben.

Die FDP brilliert als gelber Wackelpudding und sorgt mit ihrem Nein zum EU-Lieferkettengesetz dafür, dass Mehrheiten im Rat jetzt ohne Deutschland gemacht werden. Wir sitzen an der Seitenlinie und schauen zu. Diese bedauerliche Situation ist das Ergebnis des egoistischen Handelns der FDP, die lieber Falschinformationen verbreitet anstatt konstruktiv an europäischer Gesetzgebung mitzuwirken. Den Preis für diesen Egotrip zahlen der weltweite Schutz von Menschenrechten und Umwelt, der Kampf gegen den Klimawandel und der faire Wettbewerb

auf dem europäischen Binnenmarkt, denn deutsche Unternehmen könnten künftig strengeren Regeln als in unseren europäischen Nachbarländern unterliegen.

Die Blockadehaltung der Liberalen ist absurd und nicht auf Fakten basierend, sondern rein ideologisch motiviert. Trotz erheblicher Verbesserungen im finalen Text, auch in Bezug auf die von der FDP geforderten Änderungen, lehnen die Liberalen eine verpflichtende Unternehmensverantwortung für Menschenrechte und Umwelt entschieden ab. So haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zum Beispiel dafür gesorgt, dass kleine und mittelgroße Unternehmen von den Pflichten weitgehend ausgenommen sind und Großunternehmen auch keine Pflichten auf sie abwälzen dürfen. Die Behauptung, dass kleine und mittlere Unternehmen belastet würden, ist daher unredlich.

Das Gesetz zielt ausschließlich auf Großunternehmen mit einem Umsatz von mehr als 150 Millionen Euro pro Jahr ab, nicht auf kleine und mittelständische Unternehmen, wie von der FDP suggeriert. Zudem haben

wir immer betont, dass das Prinzip der Verhältnismäßigkeit eingehalten wird. Unternehmen sollen nur das leisten müssen, was machbar ist, wofür der risikobasierte Ansatz sorgt, den die FDP bewusst ignoriert.

Die FDP hat bereits das deutsche Lieferkettengesetz abgelehnt und zeigt nun auch gegenüber dem europäischen Gesetz eine ablehnende Haltung, obwohl es im Koalitionsvertrag vereinbart ist. Dabei ist es der FDP egal, dass viele Unternehmen ein verbindliches Lieferkettengesetz fordern, um klare Regeln statt bloßer UN-Leitlinien zu erhalten.

Die Partei ignoriert die Tatsache, dass ein europäisches Gesetz deutschen Unternehmen einen fairen Wettbewerb auf dem Binnenmarkt ermöglichen würde. Stattdessen schützt sich die FDP vor jenen Unternehmen, die lieber die Augen vor den Ereignissen in ihren globalen Lieferketten verschließen und menschenwürdige Arbeitsbedingungen lediglich als Kostenfaktor betrachten, nicht jedoch als moralische Verpflichtung.





© OrnaW / pixabay.com

## “DRUCK FÜR FRAUENRECHTE AUFRECHTERHALTEN“

### EU-Mindeststandards im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen

In den Verhandlungen über eine europäische Richtlinie gegen geschlechtsspezifische Gewalt haben sich Vertreterinnen und Vertreter der Rates der Mitgliedstaaten und des EU-Parlaments am 6. Februar geeinigt.

Mit der Richtlinie zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt ist der Schutz der Frauen endlich auf der Agenda der europäischen Politik angekommen. Das ist längst überfällig, denn in den europäischen Mitgliedstaaten sind Frauen bei Weitem nicht gleichermaßen vor Gewalt geschützt. Mit der Richtlinie setzen wir nun EU-weite Mindeststandards und -strafen, was etwa Genitalverstümmelung oder Cybergewalt angeht. Doch wir können uns auf diesem Ergebnis nicht ausruhen. Die Hürden für die

Anerkennung geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen bleiben weiterhin zu hoch: Die Mitgliedstaaten, angeführt vom deutschen Justizminister, haben den Artikel zu Vergewaltigung gänzlich blockiert, den wir als SPD unter dem Motto “Nur ja heißt ja” ausdrücklich gefordert hatten. So bleibt Europa vorerst leider ein Flickenteppich bei der Bestrafung der schlimmsten Form geschlechtsspezifischer Gewalt, da es an einer einheitlichen Definition von Vergewaltigung mangelt.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind zutiefst enttäuscht, dass die jetzige Einigung auf die Inhalte einer Richtlinie zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt das Thema Vergewaltigung ausklammert. Dass Sex ohne Einverständnis

Vergewaltigung ist, ist gesellschaftlich mittlerweile klar. Es wäre an der Zeit gewesen, dass auch europäisches Recht diesem Konsens folgt. Dies ist ein herber Rückschlag im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen. Aber wir werden uns davon nicht entmutigen lassen. Ziel für die nächste Legislaturperiode wird für uns sein, das Thema wieder auf den Tisch zu bringen und die Richtlinie entsprechend zu überarbeiten. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass Gewalt gegen Frauen als europaweiter Straftatbestand definiert wird - dann kann auch Herr Buschmann keine Zweifel mehr an der rechtlichen Grundlage haben.

Das EU-Parlament wird voraussichtlich im April über die Trilog-Einigung abstimmen.

## FINANZHILFEN FÜR UKRAINE GESICHERT

### EU-Einigung auf langfristige Budget-Planung

Nach intensiven Verhandlungen haben Vertreterinnen und Vertreter des Rats der Mitgliedstaaten und des EU-Parlaments am 6. Februar eine Einigung über die langfristige Haushaltsplanung, den sogenannten mehrjährigen Finanzrahmen, der Europäischen Union erzielt. Diese Einigung sichert bedeutende Finanzhilfen für die Ukraine und stärkt die Innovationskraft der europäischen Wirtschaft.

Die Einigung markiert einen Erfolg für das Europäische Parlament und steht im Gegensatz zu den Blockadeversuchen von Viktor Orbán, dem ungarischen Ministerpräsidenten. Orbán versuchte bis zuletzt, Zugeständnisse zu erpressen, doch die Standhaftigkeit von Bundeskanzler Olaf Scholz verhinderte dies erfolgreich.

Mit der getroffenen Einigung wird

die EU der Ukraine eine langfristige Finanzierungsperspektive bieten können. Bis zum Jahr 2027 werden insgesamt 50 Milliarden Euro bereitgestellt, um dringend benötigte Unterstützung zu leisten. Zusätzlich werden Mittel für die “Strategic Technologies for Europe Platform” (STEP) zur Verfügung gestellt, um die Innovationskraft in Schlüsselbereichen wie Mikroelektronik, Cloud-Computing,

saubere Energietechnologien und Medizintechnik zu stärken. Diese Einigung zeigt, dass die EU in der Lage ist, auch in schwierigen Zeiten entscheidende Schritte zu unternehmen, um ihre Partnerländer zu unterstützen und die Wettbewerbsfähigkeit der

europäischen Wirtschaft zu stärken. Klar ist aber auch, dass die jetzige Einigung kein großer Wurf ist, sondern ein schwieriger Kompromiss. Kürzungen, etwa beim Forschungsprogramm Horizont Europa oder beim Fonds für die Anpassung an die Globalisierung,

hätten wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gerne vermieden.

Es wird erwartet, dass das Europäische Parlament im zweiten Februar-Plenum über die erreichte Trilog-Einigung abstimmen wird.



© jarmoluk / pixabay.com

## ENTSCHEIDUNG GEGEN VERBRAUCHERSCHUTZ UND LANDWIRTSCHAFT

### Europaparlament stimmt für Deregulierung der Gentechnik

Am 6. Februar 2024 hat das Europäische Parlament für neue Regeln zur Gentechnik gestimmt. Eine angeführte Mehrheit von konservativen Kräften unterstützte die Deregulierungsvorschläge. Diese Entscheidung hat weitreichende Auswirkungen auf den Verbraucherschutz, die Risikoversorge und die Landwirtschaft in Europa. Bei der Neuen Gentechnik werden die eigenen Gene einer Pflanze verändert. Oder es werden Gene derselben Spezies oder eng verwandter Spezies übertragen. Laut EuGH mussten bisher Pflanzen, die durch Neue Gentechnik (NGT) verändert wurden, dieselben Prozeduren durchlaufen wie Pflanzen, die durch traditionelle Gentechnik (GMO/GVO) verändert wurden. Mit dem neuen Kommissionsvorschlag vom Juli soll es für die Neue Gentechnik nun einfachere Verfahren geben.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind nicht gegen die neue Gentechnik. Wir wollen allerdings, dass der Gesetzgeber ein Mindestmaß an Risikokontrolle, Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit von genveränderten Pflanzen garantiert. Die Vorschläge der EU-Kommission und der konservativen Berichterstatterin zur Deregulierung der neuen Gentechnik sind nicht hinnehmbar. Das wäre ein klarer Bruch des Vorsorgeprinzips. Die meisten genmanipulierten und potentiell umweltschädlichen

Pflanzen landen damit bald ohne Risikoprüfung auf den Tellern der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Das Europäische Parlament hat jetzt wenigstens Schadensbegrenzung betrieben, indem es eine Kennzeichnungspflicht von Produkten, die durch neue Gentechnik hergestellt wurden, fordert. So können die Menschen im Supermarkt selbst entscheiden, ob sie zu solchen Lebensmitteln greifen wollen. Das war durch die EU-Kommission ursprünglich nicht für alle genmanipulierten Nahrungsmittel vorgesehen.

Das ist ein schwarzer Tag für Landwirtinnen und Landwirte, aber auch für die europäischen Bürgerinnen und Bürger. Diese Positionierung einer rechten Mehrheit im EU-Parlament gefährdet die Handlungsfreiheit aller Landwirtinnen und Landwirte sowie die Zukunft der ökologischen Landwirtschaft, die bis 2030 stark wachsen soll. Konventionelle und ökologische Landwirtinnen und Landwirte würden mit der jetzt verabschiedeten Position den notwendigen Schutz aus den bisher geltenden Regelungen zur Koexistenz, Rückverfolgbarkeit und Transparenz teilweise verlieren. Es ist damit mehr als fraglich, wie der Gesetzgeber sicherstellen soll, dass Landwirtschaft auch künftig gentechnikfreie

Produkte produzieren kann.

Nachdem das Europäische Parlament nun sein Verhandlungsmandat beschlossen hat, müssen noch die EU-Mitgliedsstaaten eine gemeinsame Position finden. Danach können die Verhandlungen zwischen Europäischem Parlament und Mitgliedsstaaten beginnen.

Die EU-Kommission hatte mit dieser neuen Gentechnik-Verordnung vorgeschlagen, durch Neue Gentechnik veränderte Pflanzen ebenso einzustufen wie durch natürliche Züchtung entstandene Pflanzen, sofern der künstliche gentechnische Eingriff nicht mehr als 20 Genen vorgenommen wird.

Nationale Umweltbehörden, etwa in Deutschland, Frankreich und Österreich, kritisieren, dass eine Einstufung der Äquivalenz mit natürlichen Züchtungen unangebracht ist, da Genveränderungen hervortreten können, deren Auftreten bei natürlichen Züchtungen unwahrscheinlich sind. Zudem könnten solche genveränderte Pflanzen Ökosysteme schädigen, da ihre natürliche Anpassung nicht mit der Geschwindigkeit der durch Neue Gentechnik verursachte Änderungen mithalten kann.





## **EINIGUNG ZUR STÄRKUNG EMISSIONSFREIER TECHNOLOGIEN**

### **Förderung von nachhaltigen Branchen**

Das Europäische Parlament und der Europäische Rat haben sich am 7. Februar auf ein Gesetz zur Förderung von emissionsfreien Technologien geeinigt, das die Grundlage für eine Netto-Null-Industrie in der EU schaffen soll. Diese Vereinbarung zielt darauf ab, die Produktion von Windrädern, Solaranlagen und anderen nachhaltigen Branchen in Europa zu stärken und somit einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele der Union für 2030 zu leisten.

Das Gesetz zur Netto-Null-Industrie kommt zur richtigen Zeit. Das zeigt etwa die Ankündigung von Meyer Burger, Heckert Solar oder Solarwatt, Arbeitsplätze in der Solarindustrie in Sachsen abzubauen, wenn es keine Gegenmaßnahmen gibt. Die Verordnung ist ein erster wichtiger Schritt, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Hersteller zu sichern. Die Kommission hat es aber bisher versäumt, weitere kurzfristige Maßnahmen zu ergreifen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen auf eine aktive Industriepolitik für saubere Technologien in der EU. Der gewaltige Green Deal braucht mehr Produkte europäischer Hersteller. Mit dem Gesetz zur Netto-Null-Industrie wollen wir die Abhängigkeit von Importen verringern, zukunftsfähige Jobs schaffen und die Klimaneutralität vorantreiben. Produktionsanlagen für saubere Industrien wie Solarstrom, Windenergie, Batterietechnologie, Wärmepumpen oder Elektrolyseure

sollen in der EU gehalten und wieder angesiedelt werden. Europäische Hersteller sollen künftig stärker von öffentlichen Aufträgen profitieren. Dies wird dadurch erreicht, dass Sozial- und Umweltstandards bei öffentlichen Beschaffungsentscheidungen eine größere Rolle spielen.

Zusammen mit der Plattform für strategische Technologien (STEP) bekommen Investoren damit Anreize, Anlagen hier in Europa zu errichten. STEP ermöglicht einen einfacheren Zugang zu EU-Fonds für entsprechende Projekte. Konkrete Ansprechpartner in der Kommission, die zu Fördermöglichkeiten beraten und ein Qualitäts-Siegel für besonders förderwürdige Projekte vergeben, helfen Antragstellern und tragen dazu bei, den oft beklagten Fördergeld-Dschungel zu lichten.

Das Gesetz zur Netto-Null-Industrie ist ein wichtiges Aufbruchsignal an die Industrie: Wir treiben die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft aktiv voran und investieren in Zukunftsbranchen wie Batterien, Solarstrom, Windenergie und Wärmepumpen. Mit dem Gesetz zur Netto-Null-Industrie beschleunigen wir Planungsverfahren und bündeln Umweltverträglichkeitsprüfungen.

Dazu ermöglichen wir die Schaffung neuer Industriecluster in Europa und stärken damit auch die Transformation angestammter Industriestandorte. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben wir in den Verhandlungen sichergestellt, dass die

Transformation und hohe Sozial- und Umweltstandards Hand in Hand gehen. Die industrielle Transformation darf nicht auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger oder der Umwelt umgesetzt werden.

Es bleibt beim Grundsatz: Nukleartechnologie ist keine strategische Technologie für die Dekarbonisierung. Es gibt weiterhin kein EU-Geld für Atomstrom. Dafür haben wir uns besonders eingesetzt, denn die teure Nukleartechnologie hätte ohnehin begrenzte Finanzmittel angezapft und effizientere Investitionen, zum Beispiel in Solarenergie, verdrängt. Erst jüngst ist in den USA die Förderung für sogenannte Small Modular Reactors zu einem Milliardengrab geworden, solche riskanten Wetten sind mit europäischem Steuergeld nicht zu verantworten.

Auf den letzten Metern der Verhandlungen ist es uns dabei gelungen, den Mitgliedstaaten größere Autonomie bei der Förderung der Netto-Null-Technologien zu geben. Die vorgesehene breite Liste an 'Netto-Null-Technologien' ist lediglich die Grundlage, auf der die Mitgliedstaaten selbst die Technologien auswählen, die sie aktiv fördern wollen. Damit verhindern wir ineffiziente Förderung nach dem Gießkannenprinzip und ermöglichen gezielte Industriepolitik.

Das Trilog-Ergebnis muss in den folgenden Wochen in den Gremien des Rates und im EU-Parlament offiziell angenommen werden.

# “SICHERHEIT AUF STRASSEN IN DER GESAMTEN EU ERHÖHEN”

## Fahrverbote bei Verkehrsverstößen im Ausland

Das Europäische Parlament hat am 6. Februar mit großer Mehrheit für die Einführung von EU-weiten Fahrverboten gestimmt, die bei Verkehrsverstößen im Ausland gelten sollen. Die vorgeschlagenen Regeln sehen eine Vereinfachung des grenzüberschreitenden Austauschs von Informationen über Verkehrsverstöße vor, um sicherzustellen, dass die Entscheidungen über die Aussetzung, Einschränkung oder Entziehung des Führerscheins in allen EU-Ländern angewendet werden.

Derzeit bleiben etwa 40 Prozent der grenzüberschreitenden Verkehrsverstöße laut EU-Kommission un-

geahndet. Zukünftig müssen sich Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer, die sich im Ausland nicht an die Verkehrsregeln halten, darauf einstellen, dass Fahrverbote auch grenzüberschreitend gelten. Darüber hinaus sollen mehr Verkehrsverstöße grenzüberschreitende Untersuchungen auslösen. Neben überhöhter Geschwindigkeit, Fahren unter Alkohol- oder Drogeneinfluss sowie Verkehrsverstößen, die zum Tod oder schweren Körperverletzungen führen, sollen auch das Fahren ohne gültigen Führerschein, gefährliches Parken, gefährliches Überholen, das Überfahren einer durchgezogenen Linie und Fahrerflucht zum Fahrverbot führen.

Die Einführung von EU-weiten Fahrverboten zielt darauf ab, die Sicherheit auf den Straßen in der gesamten EU zu erhöhen. Durch die Möglichkeit, rücksichtsloses Fahren auch im Ausland zu ahnden, hoffen wir auf eine signifikante Reduktion der durch überhöhte Geschwindigkeit, Alkohol am Steuer und Drogenkonsum verursachten Unfallzahlen und Todesfälle, um unser Ziel von null Verkehrstoten bis 2050 zu erreichen.

Als Nächstes wird das Europäische Parlament Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten über die Richtlinie aufnehmen.



© rupixen.com / unsplash

# “EU-WEITE ÜBERWEISUNGEN IN ECHTZEIT”

## Einigung auf gebührenfreie Transfers

Das Europäische Parlament hat am 7. Februar grünes Licht für die EU-Verordnung zu Echtzeit-Überweisungen gegeben, die es ermöglicht, Überweisungen innerhalb der EU künftig in weniger als zehn Sekunden und gebührenfrei durchzuführen. Mit dieser Entscheidung ist nun Schluss mit den bisherigen Gebühren für Sofortüberweisungen im europäischen Wirtschaftsraum.

Die neue EU-Verordnung zu sogenannten Instant Payments ermöglicht nicht nur kostenlose

Transfers, sondern gewährleistet auch, dass Überweisungen innerhalb von weniger als zehn Sekunden erfolgen. Darüber hinaus wird sichergestellt, dass eine Zahlung nur dann ausgeführt wird, wenn Name und IBAN des Empfängers übereinstimmen. Dies stärkt nicht nur die allgemeine Verfügbarkeit und Sicherheit dieser Zahlungsfunktion für Bürgerinnen und Bürger, sondern fördert auch die strategische Autonomie des europäischen Finanz- und Wirtschaftssektors, indem Abhängigkeiten von nicht-europäischen Zahlungssystemen abgebaut werden.

Die neue Verordnung modernisiert die Zahlungsinfrastruktur, zunächst für Euro-Länder und nach einer Übergangszeit im gesamten Europäischen Wirtschaftsraum. Dadurch werden grenzübergreifende Zahlungen noch europäischer, einfacher und effektiver. Diese Maßnahme baut auf dem einheitlichen Zahlungsverkehrsraum SEPA auf, der vor zehn Jahren eingeführt wurde, und trägt dazu bei, die europäische Zahlungslandschaft weiter zu vereinheitlichen und zu verbessern.





© Amanda Easley / unsplash

## “WAHRE PROBLEME IN DER LANDWIRTSCHAFT JETZT ANPACKEN“

### Proteste in Europa

In vielen europäischen Städten haben in jüngster Zeit Landwirtinnen und Landwirte ihren Unmut auf die Straße getragen. Angesichts dieser Proteste debattieren die Europaabgeordneten am 7. Februar in Straßburg über die Lage der Landwirtschaft in Europa.

Die Landwirtschaft steht vor großen Herausforderungen, die dringend angegangen werden müssen. Ein Teufelskreis aus unkontrolliertem Bodenmarkt, schwacher Marktposition der Landwirtinnen und Landwirte sowie Dumpingpreisen, die zu einer Produktion unter Einstandspreis führen, bedroht die Existenz vieler Betriebe. Hinzu kommen ein landwirtschaftsfeindlicher Freihandel und ein veraltetes Subventionssystem, das kleine und mittlere Betriebe benachteiligt. Nur durch eine gemeinsame Anstrengung, die Klimaziele der UN und der EU mit einer bäuerlichen Landwirtschaft zu vereinen, kann langfristig eine dauerhafte Ernährungssouveränität gewährleistet werden.

Wir Sozialdemokratinnen und

Sozialdemokraten im Europäischen Parlament machen uns für ein nachhaltiges Landwirtschaftsmodell stark. Wir haben geschlossen gegen die Änderungen der EU-Agrarpolitik von 2021 gestimmt, da sie nicht ausreichen, um eine Wende in der Landwirtschaft zu schaffen. Im Mittelpunkt muss künftig stehen, neben fairen Preisen für Lebensmittel, dass Landwirtinnen und Landwirten ein faires Einkommen erwirtschaften können, in dem sie ihre Arbeit auch im Sinne öffentlicher Leistungen wie Klima- und Umweltschutz erbringen.

Es ist unerlässlich, dass der Gesetzgeber die kleinen und mittleren Betriebe massiv unterstützt, da diese bisher am stärksten unter dem bestehenden Subventionssystem gelitten haben. Zudem muss die Marktposition der Landwirtinnen und Landwirte gestärkt werden, indem sie faire Preise erhalten und vor Billigimporten geschützt werden. Spekulationen auf dem Bodenmarkt müssen angegangen werden, indem Pachtpreisdeckel eingeführt werden.

Dass der Dialog mit den Landwirtinnen und Landwirten jetzt verstärkt aufgenommen wird, ist richtig. Es ist aber skandalös, dass genau jene, die mit ihrer neoliberalen und agroindustriefreundlichen Agrarpolitik für die Misere der europäischen Landwirtschaft verantwortlich sind, sich nun als deren Beschützer hinstellen. Initiativen wie der Green Deal sind nicht das Problem, sondern ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die EU-Kommission geht mit den kürzlich vorgeschlagenen Maßnahmen zur Streichung von stillgelegten Flächen genau den falschen Weg.

# Impressum

Petra Kammerevert MdEP  
Herausgeberin

Lukas Paslawski  
Readaktion und Layout

European Union, pixabay.com, unsplash.com  
Fotos

*Ihr direkter Kontakt zu Petra Kammerevert*  
Werdener Str. 4, D-40227 Düsseldorf  
Tel.: +49 (0)211 - 59807537 Fax: +49 (0)211 - 59807536  
info@petra-kammerevert.eu www.petra-kammerevert.eu

*Folgen Sie Petra Kammerevert*  
[www.facebook.de/petrakammerevert](https://www.facebook.de/petrakammerevert)

Europa neu denken.

**SPD**